

Sehr geehrter Herr Kontny,

ich habe Ihren Artikel über das Dilemma mit den Reisemobil-Stellplätzen in Deutschland gelesen, und mit vielen Ihrer Aussagen sprechen sie mir - und der Reisemobil Union e.V. - aus dem Herzen.

Die Reisemobil Union (RU) ist der Dachverband der deutschen Reisemobil-Fahrer. Wir vertreten die Belange der Reisemobilfahrer gegenüber staatlichen Stellen auf allen Ebenen, und ich bin auch der Europa-Beauftragte der RU für die in Brüssel angesiedelten Themen - über den Europäischen Reisemobilfahrerverband F.I.C.M.

Seit vielen Jahren berate ich, im Auftrag der RU, Kommunen und Privatpersonen bei der Planung von Reisemobil-Stellplätzen, wobei wir diese Beratung weitestgehend kostenlos anbieten, denn wir haben nichts zu verkaufen - bis auf die Erfahrungen und Erwartungen unserer Mitglieder an einen guten, praxismgerechten Stellplatz.

Leider decken sich meine Erfahrungen aus dieser Beratungstätigkeit weitgehend mit den von Ihnen geschilderten Zuständen; insbesondere bei kommunalen Projekten steckt fast immer eine "hidden agenda" hinter der Sache, seien es persönliche Wünsche, parteipolitisches Gerangel o.ä.

Aber nicht nur auf Amtsseite wird nicht immer mit offenen Karten gespielt. Ein besonders negatives Beispiel ist der von Ihnen als fachkundige Quelle angeführte Bundesverband der Campingwirtschaft in Deutschland (BVCD). Dieser behauptet gerne, die Belange der Reisemobilisten und Stellplatzbetreiber zu vertreten, tatsächlich sind in diesem Verband aber so gut wie ausschließlich Campingplatzbetreiber versammelt, denen insbesondere kommunale Stellplätze eine gefürchtete und unwillkommene Konkurrenz sind.

So hat der BVCD im Jahr 2018, angeblich zum Wohle der Reisemobilisten, mit großem Presseaufwand den "Entwurf einer Musterverordnung für Campingplätze, Wochenendplätze und Wohnmobilstellplätze" propagiert, der im Ergebnis alle Reisemobil-Stellplätze für mehr 5 Fahrzeuge zu kleinen Campingplätzen gemacht hätte - mit zwingender Erfordernis, entsprechend teure, für ein autarkes Reisemobil völlig überflüssige Infrastrukturen vorzuhalten etc.

Die RU ist damals auf dem Caravan Salon mit einer tausendfach verteilten Messezeitung unter der Überschrift „Feindliche Übernahme“ öffentlich gegen diese Bestrebungen des BVCD vorgegangen; dies Kampagne hat sehr große Wellen geschlagen und dazu geführt, dass der BVCD seine Aktion ganz schnell begraben und alle Werbung dafür aus dem Netz genommen hat. Tatsächlich wird aber die zugrunde liegende Agenda weiter verfolgt und scheint immer wieder durch, wenn der BVCD sich zu Reisemobilfragen äußert.

(Eine diesbezüglich Pressemitteilung der RU von 2018 finden Sie im Anhang.)

Insgesamt stellt Ihr Artikel die Situation aber sehr zutreffend dar, und es ist wirklich zu hoffen, dass die Politik das Thema endlich objektiv und sachbezogen aufgreift. Der kürzlich veröffentlichte Vorstoß der CDU/CSU- Fraktion des Bundestags zugunsten der Änderung sachwidriger gesetzlicher Bestimmungen für Reisemobile etc. erscheint da schon als kleiner Hoffnungsschimmer.

Wenn Sie weitere Fragen zu diesem Themenbereich haben sollten, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Orth
Mitglied des Präsidiums
der Reisemobil Union e.V.